

## KOALITIONS-KRISE

### Der Spieß dreht sich

Vergebens warteten am Donnerstagabend vergangener Woche einige Bonner Korrespondenten im Bundeshaus-Studio des Nordwestdeutschen Rundfunks darauf, daß ihnen die Bandaufnahme des Radioberichts Konrad Adenauer über seine jüngste US-Tournee schon vorgespielt werde, noch ehe des Kanzlers amerikanische Impressionen („Ich habe viele und gute Besprechungen gehabt“) nach den Abendnachrichten offiziell in den Äther gesendet wurden.

NWDR-Offiziosus Hans Wendt kam erst eine halbe Stunde vor der Sendezeit mit dem Magnetophonband aus dem Palais Schaumburg in das Studio und kündigte an, daß noch einige — technische, nicht politische — „Säuberungen“ in der Kanzlerrede vorgenommen werden müßten.

In einer der Passagen, die aus dem Band gelöscht und herausgeschnitten wurden, hatte Konrad Adenauer statt von einem „Freundschaftsvertrag“ mit den USA von einem „Friedensvertrag“ mit den USA gesprochen.

Was der Freudsche Lehrsatz von echten Fehlleistungen des Unbewußten nun aus diesem „Versprecher“ psychoanalytisch ableiten würde, ist politisch schon seit ein paar Wochen augenscheinlich: Der Kanzler träumt bereits von einem Separat-Friedensvertrag mit dem Westen, während noch nicht einmal sicher ist, ob die jüngsten Pariser Abkommen, die der Bundesrepublik als Vorstufe die Beinahe-Souveränität bescheren, in ihrer Gesamtheit tatsächlich von Bundestag und Bundesrat ratifiziert werden. Konrad Adenauer: „Als ich nach Bonn zurückkam, fand ich hier eine merkwürdige Unklarheit vor.“

**Im D-Zug** zwischen Oldenburg und Bonn hatte der Kanzler am Mittwochnachmittag letzter Woche zum erstenmal nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten Muße gehabt, sich im Anschluß an die Ehlers-Trauerfeier mit seinen politischen Vertrauten über diese „merkwürdige Unklarheit“ auszusprechen. Gesprächspartner waren der CDU-Fraktionschef Heinrich von Brentano, Kanzlerfreund Robert Pferdenges und die CDU-Abgeordneten Krone und Cillien.

Die Herren standen noch unter dem Eindruck der Trauerfeier, und so war erstes Thema: der Nachfolger für Dr. Hermann Ehlers. Nach Ansicht des Kanzlers muß ein Mann die Nachfolge antreten, der ebenso engagierter Protestant wie Kanzlerfreund ist, damit im Falle einer Konfessionskrise in der CDU/CSU dieser Mann stets Gewicht genug hat, um den protestantischen Flügel zur Wahrung der Einheit zu mahnen und zu führen.

Aus diesem Grunde wurde der Berliner CDU-Boss Ernst Lemmer bei diesem D-Zug-Gespräch aus den Nachfolgekombinationen ausgeschlossen, genießt er doch weder im Palais Schaumburg noch bei den politischen Protestanten den Ruf eines Eiferers.

Die Vor-Auswahl fiel auf den christlich-demokratischen Oberkonsistorialrat und Kanzlerknappen Eugen Gerstenmaier, der im Augenblick dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestags vorsitzt.

Eine Entscheidung über die Ehlers-Nachfolge wurde im Kanzler-Expresß jedoch nicht gefällt. Das zweite Thema drängte sich auf und ließ keine Zeit mehr: die Koalitionskrise. Und hier legte Konrad Adenauer in ratternder Fahrt einen neuen Kurs fest, den schon am nächsten Tag, am

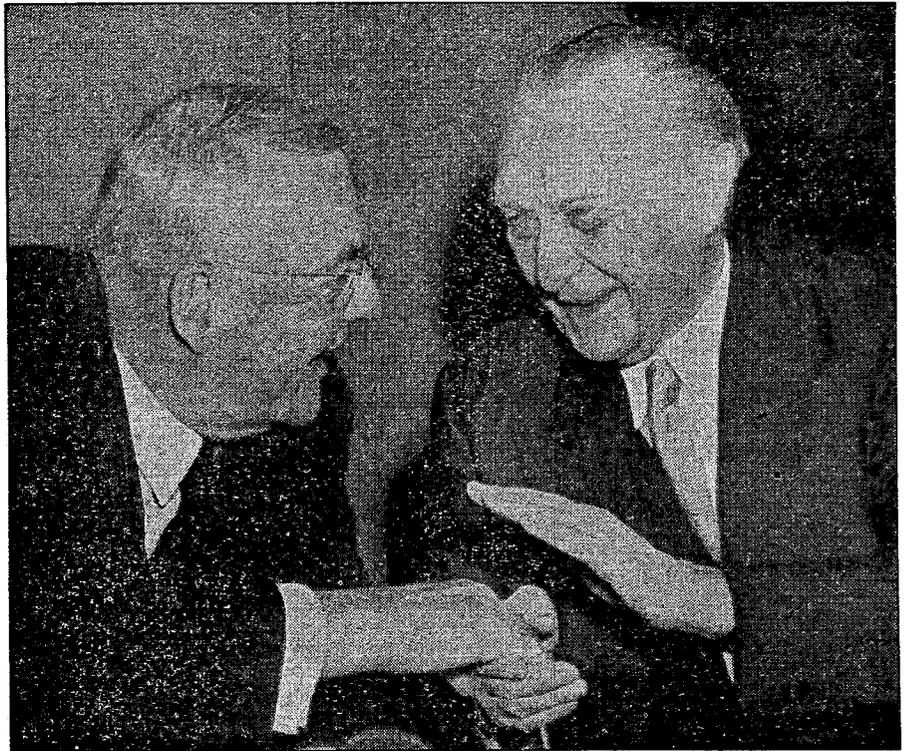
Donnerstag, die DP-Abgesandten Heinrich Hellwege und Hans-Joachim von Merkatz und die BHE-Führer Kraft und Haasler und am Freitag die FDP-Unterhändler im Palais Schaumburg zu spüren bekommen sollten.

Je nach Temperament und Mentalität seiner Gesprächspartner erklärte der Kanzler seinen Koalitionsfreunden mehr oder weniger unverblümt, daß er gewillt sei, den Spieß umzudrehen. Er wolle sich nicht länger von den kleinen Parteien erpressen lassen, er werde vielmehr mit handfesten Gegenmaßnahmen antworten, wenn sie ihm in dieser entscheidenden Stunde den Gehorsam aufkündigten:

- Die Fraktionen, die etwa gegen das Saarabkommen stimmten, brächen die

wer in seinem Wahlkreis die meisten Stimmen hat. In den 242 Wahlkreisen des Bundesgebiets sind nach dieser Methode bei der Wahl zum zweiten Bundestag im Alleingang nur sechs FDP-Leute, zwei DP-Angehörige und kein BHE-Mann zum Zuge gekommen. Die restlichen Angehörigen der FDP-Fraktion (46) und der DP (13) verdanken, genau so wie die gesamte BHE-Fraktion (27), ihre Sitze nur dem Landeslisten-Ausgleich oder Wahlabsprachen mit der CDU (oder sie sind nicht stimmberechtigte Berliner).

Beides, Koalitionskündigung und scharfes Wahlgesetz, sind keine leeren, sondern durchaus ernst zu nehmende Drohungen. Denn das Saarabkommen kann der Kanz-



Außenminister Dulles, Freund Adenauer in Amerika: „Viele und gute Besprechungen“

Koalitionstreue und zerstörten die Koalitionsbasis; ihre Minister müßten die Regierung verlassen.

- Die Fraktionen, die bei notwendigen Verfassungsänderungen\* und den damit notwendig werdenden Zweidrittel-Mehrheiten nicht mitstimmten, würden in die Wahl zum dritten Bundestag unter einem Wahlgesetz eintreten, das ihnen die Rückkehr in das Parlament so gut wie unmöglich macht, etwa dadurch, daß nur ins Parlament kommt,

\* Das Pariser Vertragswerk macht über ein halbes Dutzend Grundgesetzänderungen notwendig, unter anderem:

1. Einfügung eines Notstandsartikels.
2. Ablösung des Artikels, der EVG- und Generalvertrag ausdrücklich für verfassungsmäßig erklärte, durch einen entsprechenden Artikel für die Pariser Abmachungen (zu dieser Grundgesetzänderung hat die Hohe Kommission schon jetzt vorsorglich ihr Einverständnis erteilt).
3. Regelung des Oberbefehls der westdeutschen Streitkräfte.
4. Regelung der Ernennung von Offizieren und Unteroffizieren durch den Bundespräsidenten auf Vorschlag des Verteidigungsministers.
5. Erhebung von Gerichten der Streitkräfte zu Bundesgerichten.
6. Einführung der Todesstrafe für Deserteure im Krieg.

ler im äußersten Notfall mit der gleichen einfachen CDU/CSU-Mehrheit durchpeitschen, mit der er ein Wahlgesetz beschließen lassen kann, das — außer der CDU und SPD — keiner Partei bei den nächsten Bundestagswahlen eine reelle Chance einräumen würde.

Die Ankündigung dieser „letzten Mittel“ gegen seine Koalitionsgegner läßt die parlamentarische Situation deutlich werden, in der Konrad Adenauer sich jetzt befindet.

## AUSLANDSKAPITAL

### Auktion an der Ruhr

Mitten im Trubel des Aufbruchs zu den Pariser und Washingtoner Besprechungen hat Bundeskanzler Adenauer dem schwedischen Großindustriellen Axel Leonard Wenner-Gren in Bonn die Hand drücken müssen.

Während dem Kanzler in Paris sehr deutlich nahegelegt wurde, der rückständigen französischen Wirtschaft durch westdeutsche Kapitaltransfusion auf die Beine zu helfen, ventilierte der schwedische Mammut-Industrielle weitere Pläne, wie er seine überschüssigen Millionen

nutzbringend in der westdeutschen Bundesrepublik anlegen könne.

Nach dem Besuch bei Adenauer und Bundeswirtschaftsminister Erhard besichtigte der 73jährige Multi-Millionär noch einmal das Gußstahlwerk Bochumer Verein AG. in Bochum, dessen Aktienmehrheit er seit einigen Wochen besitzt. Anschließend reiste er nach Lugano, nachdem er vorher noch Alfried Krupp in Essen einen Besuch abgestattet hatte.

Der so agile Herrscher über mehrere Konzerne und Trusts und Finanzier der Einschiene- („Alweg“-) Bahn wollte in Bochum nur kurz einmal sehen, wie der Auftrag läuft, den er dem Gußstahlwerk vor kurzem besorgt hat: Die Regierung von Venezuela braucht für die 200 Kilometer lange Strecke von Puerto Cabello

beteiligungen. An beiden Unternehmen partizipieren die Holländer mit dicken Aktienpaketen. Aber es gibt Nuancen.

Der alte Konzerngründer Peter Klöckner hatte in den dreißiger Jahren in Den Haag ein Büro eröffnet, die „NV Handelsmaatschappij ‚Montan‘“ und ihr acht Millionen holländische Gulden übertragen. 1945 wurde die Handelsmaatschappij „Montan“ als Feindvermögen beschlagnahmt, dann vom holländischen Staat kassiert, und so reden nun die Holländer heute in Duisburg mit. Sie sagen allerdings wenig.

Etwas anders liegt die holländische Beteiligung bei der Dortmund-Hoerder Hüttenunion. An der Hausmacht des Hugo Stinnes, der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG, waren von alten Zeiten her die Holländer beteiligt,

So mußte Friedrich Flick seinen 60prozentigen Anteil an der Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft in Dortmund an die Franzosen veräußern. Die Bundesbahn wäre der gegebene Käufer gewesen, um eine eigene Kohlengrundlage zu bekommen. Aber die Bundesbahn hatte genau so wenig flüssiges Kapital wie private Wirtschafts-Gruppen in Deutschland.

**Bei der Überfremdung** der westdeutschen Steinkohle ist zu unterscheiden zwischen Uraltbesitz (vor 1914), Altbesitz (vor 1939) und Neubesitz (nach 1945). Zum Uraltbesitz gehören:

- Friedrich Heinrich AG, Kamp-Lintfort (Kreis Moers), 98 Prozent französisch (de Wendel-Gruppe),
- Heinrich Robert AG, Herringen bei Hamm, hundertprozentig französisch (de Wendel-Gruppe),
- Eschweiler Bergwerks-Verein, Kohlscheid (Kreis Aachen), 96 Prozent luxemburgisch-französisch (ARBED = Acieries Réunies de Burbach Eich-Dudelage über de Wendel und Schneider-Creusot),
- Gewerkschaft Sophia-Jacoba, Hückelhoven, hundertprozentig holländisch (Niederländische Mij tot Ontginning van Steenkolenvelden, Arnheim),
- Gewerkschaft Carolus Magnus, Palenberg, hundertprozentig französisch (Marine et Homécourt),
- Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, Gelsenkirchen-Rotthausen, 58 Prozent belgisch (Solvay & Cie., Brüssel).

Altbesitz sind:

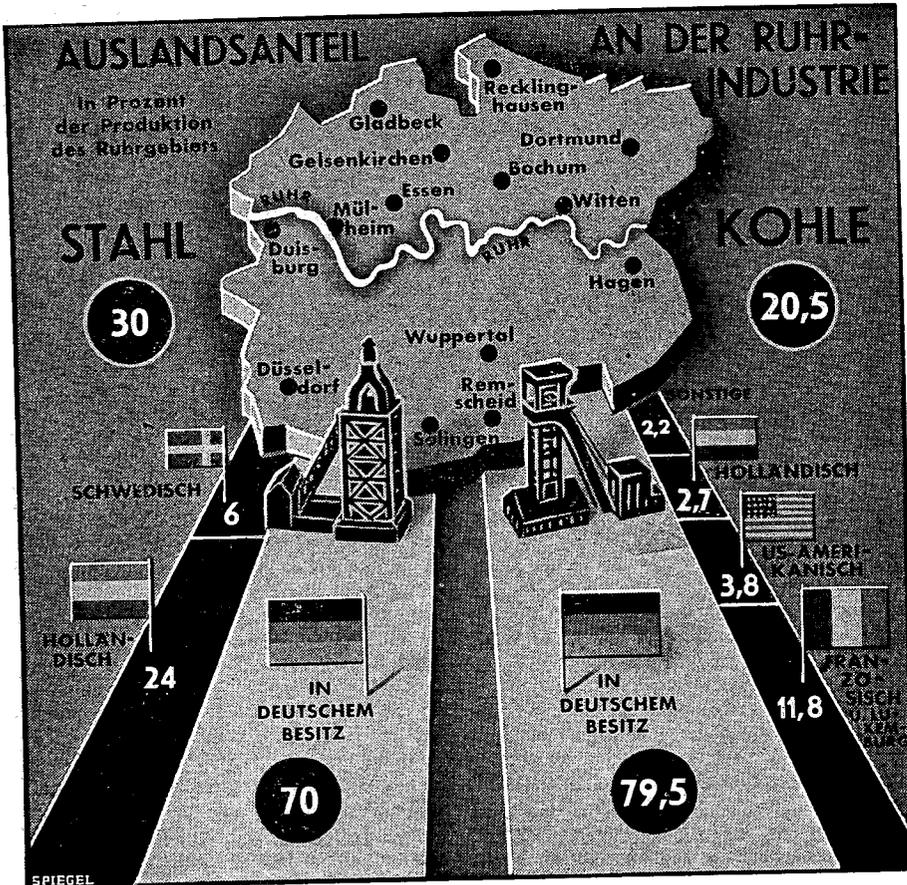
- Steinkohlenbergwerke Mathias Stinnes AG, Essen-West, hundertprozentig amerikanisch (Hugo Stinnes Industries Incorporation, New York),
- Mülheimer Bergwerks-Verein AG, Essen-West, hundertprozentig amerikanisch (Hugo Stinnes Industries Incorporation, New York),
- Diergardt-Mevissen Bergbau-AG, Rheinhausen-Hochemmerich, hundertprozentig amerikanisch (Hugo Stinnes Industries Incorporation, New York).

Veräußert werden mußten nach 1945:

- Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft, Dortmund, 60 Prozent französisch (Sidéchar),
- Klöckner-Bergbau Victor-Ickern AG., Castrop-Rauxel, 52 Prozent holländisch (NV „Montan“).

Diese überfremdeten Zechen fördern rund 25 Prozent der westdeutschen Steinkohle. Da auch Krupp verkaufen muß, steht der Übergang von 51 Prozent der Aktien der Bergwerksgesellschaft „Constantin der Große“ an eine Schweizer Gruppe noch bevor. Trotz offiziellen Dementis hält sich das Gerücht, das jüngste Zusammentreffen Wenner-Grens mit Alfried Krupp habe Besprechungen darüber gegolten, daß der schwedische Großindustrielle die Aktienmehrheit von „Constantin der Große“ erwerben wolle. Auch bei der endgültigen Neuordnung des Thyssen-Besitzes sind Auslandsbeteiligungen zu erwarten.

Die Industriegewerkschaft Bergbau glaubt, „die hintergründigen Zusammenhänge der internationalen Hochfinanz“ zu kennen und benutzt die gegenwärtige Kapitalbewegung, um erneut für Sozialisierung des gesamten Bergbaus im Bundesgebiet, „um die Abwanderung weiterer Aktienpakete an das Ausland zu verhindern“.



nach Barquisimeto für 25 Millionen Mark Eisenbahnschienen. Das Gußstahlwerk Bochumer Verein AG. wird sie liefern.

Die im Fluß befindliche Überfremdung der Ruhrindustrie bringt also auch Vorteile. Ein peinlicher Beigeschmack der Transaktionen an Rhein und Ruhr liegt aber darin, daß es sich um Zwangsverkäufe handelt. Die Altkonzerne an Rhein und Ruhr sind nicht nur zwangsweise entflochten worden. Die Alliierten bestanden auch darauf, daß ein Großaktionär nicht zugleich an mehreren der entflochtenen Werke beteiligt sein darf. Diese alliierte Auflage hatte jene Massenverkäufe von Aktienpaketen zur Folge, die spätestens 1958 abgeschlossen sein müssen. (So mußte Rhein Stahl seinen 42prozentigen Anteil am Bochumer Verein, Aktien für 29 Millionen Mark, abstoßen. Es fand sich Axel Wenner-Gren.)

Zwei andere Stahlgroßherzeuger an Rhein und Ruhr, die Duisburger Klöckners (Nordwestdeutscher Hütten- und Bergwerksverein AG, Duisburg) und die Dortmunder Hüttenunion, haben ebenfalls starke Auslands-

genau: die Koninklijke Nederlandsche Hoogovens en Staalfabrieken NV in Ymuiden\*. Nach der deutschen Besetzung Hollands wurden die Koninklijke Hoogovens von den Deutschen beschlagnahmt.

1945 wendete sich das Blatt. Heute dominieren die Koninklijke Hoogovens in Dortmund. Beim größten Rohstahlerzeuger Westdeutschlands, der Dortmund-Hoerder Hüttenunion, haben sich die Holländer die Aktienmehrheit gesichert. Damit sind sie die Erben von Hugo Stinnes geworden, der 1910 die Dortmunder Union in seine Deutsch-Lux einverleibte.

Da der Bochumer Verein, Klöckners Erben und die Dortmunder Union etwa 4,3 Millionen Tonnen Rohstahl erzeugen, sind also rund 25 Prozent der westdeutschen Stahlerzeugung in fremder Hand. Bei der bundesdeutschen Steinkohlenförderung ist der Auslandsanteil nicht geringer. Auch hier liegen, vor allem bei Flick und Krupp, alliierte Verkaufsaufgaben vor.

\* Ein Staatsbetrieb, der je zur Hälfte den Niederlanden und der Stadt Amsterdam gehört.

## Heute ein Bumerang

In ihren Bemühungen, möglichst viele Wählerstimmen für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 5. Dezember zu gewinnen, haben die Propagandisten der Parteien eine Erfahrung gemacht, die auch anderwärts im politischen Leben mit Interesse vermerkt werden wird:

- Es ist heute nur noch schwer möglich, unbequeme Leute allein dadurch kaltzustellen, daß man ihre Entgleisungen aus der nationalsozialistischen Zeit aufs Tapet bringt.

Berliner Politiker haben festgestellt, daß auf diese in der Nachkriegszeit bewährte Waffe des politischen Kampfes eigentlich kein Verlaß mehr ist. Sie kann außerdem zum Bumerang werden.

Objekt einer versuchten Kaltstellung war der Chefredakteur des Senders „Freies Berlin“, Dr. Ludwig Eberlein, 52, parteilos, konfessionslos

Die Rundfunkanstalt, der Eberlein dient, ist, seit sie am 1. Juni 1954 in den Äther ging, von den politischen Parteien als ein Institut betrachtet worden, auf das sie alle miteinander Einfluß haben müßten. Ausschlaggebend für alle Grundsatzfragen des Senders ist der 34köpfige Rundfunkrat\*, dessen Entscheidungen der neunköpfige Verwaltungsrat ausführt. Die Geschäftsleitung besteht aus drei gleichberechtigten Direktoren, nämlich dem Intendanten Alfred Braun, dem Wirtschaftsdirektor Otto Bach und dem technischen Direktor Udo Blässer.

Unter dieser umgekehrten Funktionärs-Pyramide schließlich steht der Chefredakteur Dr. Ludwig Eberlein mit 2000 Mark Monatsgehalt.

Nun hatte erst vor zwei Wochen auf dem Landesparteitag der Berliner Sozial-

\* Rundfunkräte sind: 7 Parteivertreter des Abgeordnetenhauses, 22 Vertreter Berliner Körperschaften und Organisationen, eingeschlossen Gewerkschaften, Kirchen, Jugend- und Sportverbände. Die übrigen 6 Sitze wurden an „Persönlichkeiten des geistigen und künstlerischen Lebens“ vergeben.



Funkdirektor **Bach**  
Wink mit dem „Telegraf“

demokraten der SPD-Vorsitzende Franz Neumann stärkeren Einfluß seiner Partei auf den Sender „Freies Berlin“ gefordert: Denn die Sozialdemokratie habe nur einen maßgeblichen Vertreter in dieser Anstalt, den Wirtschaftsdirektor Otto Bach. Neumann ließ deutlich erkennen, daß er mit dieser Situation unzufrieden sei.

Eine gute Woche war seit diesem Parteitag vergangen, da legte der SPD-Wirtschaftsdirektor Otto Bach dem Chefredakteur Ludwig Eberlein mit allen Anzeichen moralischer Entrüstung die Photokopie eines Zeitungsartikels auf den Tisch, den Eberlein im September 1940 in der gleichgeschalteten „Berliner Morgenpost“ geschrieben hatte. Es war eine „Kunstabetrachtung“ über den Film „Jud Süß“, und in ihr hieß es:

... zeigt das Bild mit unmittelbarer Lebendigkeit die ewige Gefahr der jüdischen Rasse: ihren aus der Wurzellosigkeit geborenen Trieb, sich parasitenhaft in fremdem Volkstum einzunisten und dort Unruhe und Zwietracht zu



Funkredakteur **Eberlein**  
Rücktritt für zwei Tage

stiften. Von diesem immer wieder aufflammenden politischen Menetekel bekommt der Film eine Spannweite, die den Einzelfall ins Allgemein-Gültige erhebt und die Figur des Juden Oppenheimer zur Gestalt Ahasvers vergrößert. Die Darstellung Ferdinand Marions bleibt nie im Individuellen stecken, sie beschränkt sich nicht auf die geläufigen Charakteristika eines gerissenen Finanzjuden, sondern formt jene gefährliche, schillernde Maske, hinter der sich der Geist des Judentums verbirgt.

Schon einen Tag, nachdem ihm diese böse Passage vorgehalten worden war, wurde Ludwig Eberlein in die Räume seines Intendanten Alfred Braun zitiert, die im Funkjargon „Berghof“ heißen. Dort eröffnete ihm der kurz vor einem Flug nach Frankfurt in demonstrativ kurzen Intervallen auf die Uhr blickende Otto Bach, daß die der Sozialdemokratie nahestehende Zeitung „Telegraf“ die „Jud Süß“-Besprechung veröffentlichen werde. Ob Eberlein sich nicht kurzfristig zum Ausscheiden aus dem Sender entschließen könne? Finanziell dürfe er dabei mit drei Monatsgehältern rechnen. Der noch nicht endgültig ausgefertigte Chefredakteurs-



„Telegraf“-Chef **Scholz**  
Angriff gegen den Funk

Vertrag sieht eine Kündigungsfrist von zwei Jahren vor.

Da Intendant Alfred Braun seinem Chefredakteur gegen Bach nicht beistand, mußte sich Eberlein dazu bequemen, bis zur endgültigen Klärung der Vorwürfe seiner eigenen Dispensierung zuzustimmen. Dafür versprach Bach, sich bei seinem Parteifreund Arno Scholz zu verwenden, daß dessen „Telegraf“ mit der Veröffentlichung zurückhalte.

Ludwig Eberlein hatte dem „Telegraf“-Scholz inzwischen brieflich erläutert, wie jene Kritik zustande gekommen sei. Er, Eberlein, sei damals mit dieser „Kunstabetrachtung“ für zwei Kollegen vom „Morgenpost“-Feuilleton eingesprungen, die mit jüdischen Frauen verheiratet gewesen seien.

Aber schon bald rief Otto Bach aus Frankfurt im Berliner Sender an und verlangte den Rücktritt Eberleins, da der „Telegraf“, dem die Eberleinsche Erklärung nicht genüge, die Vorwürfe drucken werde und der Sender einen Skandal doch vermeiden müsse. Bis dahin hatten der Rundfunkrat und der Verwaltungsrat noch keine Ahnung von diesen Vorgängen in der Geschäftsführung\*.

Otto Bach versuchte noch ein paarmal, seinen „Telegraf“-Parteifreund Arno Scholz von einer „Jud Süß“-Veröffentlichung gegen Eberlein abzubringen. Aber der SPD-Zeitungsmannt meinte, im anrollenden Berliner Wahlkampf auf das Thema nicht verzichten zu sollen.

Zwei Tage nach Eberleins Dispensierung stand unter dem Titel „Der Braunschweiger Sender“ Eberleins „Jud Süß“-Kritik zusammen mit massiven Angriffen auf den CDU-Rundfunkratsvorsitzer Professor Dr. Emil Dovifat und den Intendanten Alfred Braun im „Telegraf“.

Hier zeigte sich nun, wie wenig mit derartigen Anwürfen heute noch Staat zu machen ist. Alle anderen Westberliner Blätter machten geschlossen gegen den

\* Nach dem Gesetz über die Errichtung des Senders hat jeder Geschäftsführer das Recht und die Pflicht, dem Verwaltungsrat über die in sein Arbeitsgebiet fallenden Vorgänge Bericht zu erstatten und bei Zweifelsfragen eine Entscheidung des Verwaltungsrates herbeizuführen.